

Rainer Land

Warum Planwirtschaft nicht innovativ sein kann. (August 2010)

Meine These (erstmalig in Brie, Land, Segert 1988, später Land 1996) ist, dass der Staatssozialismus *wirtschaftlich* scheiterte, weil seine Wirtschaftsregulation keinen permanenten endogenen Innovationsprozess hinbekommen konnte – aus prinzipiellen Gründen. (Natürlich scheiterte er auch kulturell und politisch, wobei das wirtschaftliche Scheitern am Innovationsproblem, das kulturelle Scheitern am Problem freier Individualitätsentwicklung und das politische Scheitern an Parteienherrschaft und der Nichtzulassung von Interessenauseinandersetzung direkt miteinander zusammenhängen. Hier geht es aber nur um das Innovationsproblem.)

Das Entscheidende an einer modernen Kapitalverwertungsökonomie ist ihre eingebaute Evolutionsmaschine, also ein System von Institutionen, das endogen Innovationen, Neukombinationen, neue Produkte und Verfahren erzeugt und verbreitet, und zwar permanent, wenn auch zyklisch schwankend. Diese innovationsbasierte wirtschaftliche Entwicklung ist auch die Grundlage für die steigende Produktivität und das Wachstum der Einkommen, während ein wachsender Input an Ressourcen wie letztlich Arbeit und Naturressourcen (Grundbesitz) – (Kapital ist nach Schumpeter kein primärer, sondern ein abgeleiteter Faktor, was ich auch so sehe) – ein nachgeordneter Wachstumsfaktor ist. (Unter bestimmten Umständen kann wirtschaftliche Entwicklung bei steigender Produktivität, steigender Ressourceneffizienz und steigenden Realeinkommen erfolgen, ohne dass die Menge der Inputs an Arbeit und Naturressourcen zunimmt und auch ohne dass der Output wertmäßig wächst – obwohl das eine unsinnige Aussage ist: Da er sich qualitativ verändert, ist kein Wertvergleich möglich; korrekt könnte man sagen, ohne dass in dem qualitativ anderen Output eine größere Menge an Arbeit enthalten ist.) Faktisch ist dies analog zu Hans Wagners Unterscheidung von intensiver und extensiver Reproduktion.

Meine These ist nun, dass genau diese innovationsbasierte Art wirtschaftlicher Entwicklung in den staatssozialistischen Ökonomien nicht funktionierte und in den späten 1960er und 1970er Jahren tendenziell ganz zum Erliegen kam. In den 1970er und 1980er Jahren lebten die staatssozialistischen Ökonomien, insbesondere die Sowjetunion, nicht mehr von innovationsbasiertem Wachstum, sondern exorbitantem Verzehr von Ressourcen bei volkswirtschaftlich stagnierender oder sogar sinkender Effizienz, zunehmendem Substanzverzehr und Importen.

Dafür sprechen drei Indikatoren, die sich für die Sowjetunion und auch für die DDR zeigen lassen:

1. Das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums nahm ab in den 1970er Jahren dramatisch ab (wie im Westen auch).
2. Der Substanzverzehr zeigte sich am zunehmenden Verfall der Gebäude, der Infrastruktur und des Maschinen- und Anlagenparks.
3. Der laufende Produktionsprozess und die staatliche Sozialpolitik (die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Terminologie der SED) erforderte zunehmend Devisenkredite aus dem Westen, vor allem der BRD (bzw. für die Sowjetunion wachsenden Export von Öl, Gas und Rohstoffen), die kaum für Innovationen und Investitionen, sondern für die Erhaltung des laufenden Betriebs verausgabt wurden.

Meine These ist daher: Das staatssozialistische Wirtschaftssystem, eine Kombination fordristischer Produktionsmodelle mit einer Zentralverwaltungswirtschaft, funktionierte hinsichtlich des wirtschaftlichen Ergebnisses ganz gut, solange es um die nachholende Modernisierung und den Wiederaufbau ging – also bei der stalinistischen Industrialisierung (einer militärisch organisierten Kampagne zum Aufbau von Industriebetrieben nach amerikanischem Vorbild, die Millionen zu Arbeitssklaven des Sowjetstaates machte und Millionen das Leben kostete), in der Kriegswirtschaft und dem Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg, also etwa bis in die frühen 1960er Jahre. Hier ging es nicht darum, Basisinnovationen zu implementieren, millionenfach zu verbreiten und zu rekombinieren und einen innovationsgetragenen Strukturwandel zu regulieren, dessen Ziel und Ergebnis erst entsteht, *neu* ist, nicht vorweggenommen werden kann.

Sondern es ging um das Kopieren einer *gegebenen* Industriestruktur und das Anpassen an besondere Bedarfe und Mitgegebenheiten. Das kann eine Kommandowirtschaft, eine quasi militärisch organisierte Zentralverwaltungswirtschaft offensichtlich ganz gut. Es gelang auch, Ressourcen zu konzentrieren, um besondere Entwicklungen voranzutreiben: die sowjetische Rüstungswirtschaft produzierte Waffen, die besser waren als ihre Vorbilder, die Sowjetunion entwickelte selbst die Atom- und die Wasserstoffbombe, die Raketentechnik und die Raumfahrt (wobei ausländisches Know-how eine bedeutende Rolle spielte). Das Argument ist also nicht, dass die staatssozialistischen Wirtschaften nicht imstande gewesen wären, die wissenschaftlichen Erkenntnisse oder die Prototypen neuer Produkte und Verfahren zu erfinden: Inventionen (Erfindungen) funktionieren. Sie waren sogar in der Lage, diese Produkte und Verfahren in einzelnen Fällen in Serie oder in der Massenproduktion herzustellen. Der volkswirtschaftliche Effekt tritt aber durch die millionenfachen *Rekombinationen* von Innovationen auf, durch die Verbreitung in der gesamten Volkswirtschaft und die Herstellung vieler neuer Zusammenhänge mit anderen Produkten und Leistungen – und genau hier scheint das Problem zu liegen. Spitzenleistungen waren möglich, aber kein systematischer, perma-

nenter Innovationsprozess in den vielen tausenden Betrieben und der Volkswirtschaft insgesamt. (Der Staatssozialismus hat einen genauso verkürzten Innovationsbegriff wie heute der Neoliberalismus: Wissenschaft und Erfindung, der Prototyp wird als Innovation angesehen, nicht die volkswirtschaftliche Rekombination: Exzellenzinitiative und dieser ganze Quatsch. Ganz anders Schumpeter, der immer die Rekombinationseffekte in den Mittelpunkt stellt.)

Für diese These spricht auch, dass die Stärken der staatssozialistischen Industrie fast ausschließlich in den Industrien lagen, die auf Basisinnovationen der Zeit vor dem 2. Weltkrieg zurückreichen (Eisen, Stahl, Chemie, Lok- und Maschinenbau), sie aber erhebliche Rückstände bei den Industrien hatten, die in den 1950er und 1960er Jahren die Entwicklung bestimmten (fordistische Massenproduktion von Konsumgütern, Fahrzeuge, Haushaltsgeräten usw.) und dass sie gar keinen Anschluss an die Innovationen fanden, die in den 1970er und 1980er Jahren das Bild bestimmten (Computer, Kommunikation, Datenverarbeitung).

Das Investitionsgeschehen basierte im Kern auf *Kopien* der Innovationen der Zeit vor 1940.

Die DDR als das Land mit der weitest reichenden industriellen Vorgeschichte, hatte wenigstens traditionell bestimmte Voraussetzungen, aber sie litt am Ende – auf etwas höherem Niveau als die SU und die anderen RGW-Staaten – an der gleichen Krankheit: Innovationsarmut und fehlende Fähigkeit, aus Innovationen und Investitionen wirtschaftliche Entwicklung zu generieren.

Wie ist dies zu erklären? Natürlich weder mit Dummheit noch mit den dämlichen Sprüchen über Leistungsmotivation und Privateigentum. Es geht nicht darum, dass der private Gewinn als lebensweltliche Motivationsmaschine gefehlt hat. Diese schein-psychologischen Erklärungen sind so dumm wie die Erklärung, bei G-W-G' ginge es um Gier und die sei Schuld an der Finanzkrise usw. usf. Es geht um Rückkopplungen auf der systemischen Ebene.

Benutzen wir die Schumpeter'sche Darstellung wirtschaftlicher Entwicklung. Schumpeter unterscheidet modellhaft theoretisch den stationären Wirtschaftsprozess von der wirtschaftlichen *Entwicklung*, wobei praktisch immer beide zugleich ablaufen, auch wenn nach seiner Vorstellung zyklisch mal der eine, mal der andere überwiegt.

Der stationäre Wirtschaftsprozess reproduziert gegebene Produkte, Verfahren und Strukturen und tendiert dabei, ein Gleichgewicht im Sinne einer optimalen Allokation herauszubilden, wobei dies mit Preisanpassungen verbunden ist.

Wirtschaftliche Entwicklung kommt hingegen dadurch zustande, dass Unternehmer neue Produkte und neue Verfahren einführen, und zwar, indem sie Ressourcen über Kreditemission aus bisherigen Verwendungen herausziehen, neuen Verwendungen zuführen, also Neukombinationen durchsetzen, das gegebene Gleichgewicht zerstören a) indem sie Ressour-

cen aus alten Verwendungen abziehen und b) später neue Produkte auf den Markt werfen, die nach entsprechender Zeit bisherige teilweise überflüssig machen, neue Einkommen entstehen lassen, während andere verschwinden (Pleite), und c) ein Teil der Kredite zurückgezahlt wird (Demission von Kreditgeld), ein anderer Teil durch Kapitalentwertung vernichtet werden muss. Der innovationsbasierte Prozess führt vom Gleichgewicht weg, während die stationäre Komponente das Gleichgewicht wieder herstellt, aber eben ein anderes, auf einer durch die Innovationen veränderten Grundlage und mit anderen Strukturen, Proportionen und Preisen.

Nur wenn beide Prozesse funktionieren, werden Innovationen implementiert und zugleich die bestehenden Strukturen so angepasst, dass eine effiziente Allokation der Ressourcen tendenziell immer wieder neu hergestellt (allerdings nie wirklich abschließend erreicht) wird.

Nun hat Schumpeter selbst in Form eines Gedankenmodells dargestellt, wie dies in einer staatssozialistischen Wirtschaft funktionieren würde. Da hier die Planungszentrale die Ressourcen zuteilt, würde die Durchsetzung von Innovationen verlangen, dass sie den bestehenden Betrieben einen Teil der Ressourcen entzieht, um ihn neuen Verwendungen zuzuführen und Neukombinationen möglich zu machen. Dies scheint sogar einfacher, als wenn diese Neuorientierung über Kreditemission, nachfragebedingte Preisveränderungen und anschließende komplexe Anpassungsprozesse hergestellt werden müsste. Und so scheint es bei Schumpeter auch, dass eine Planwirtschaft es nicht nur leichter haben sollte, Innovationen umzusetzen, sondern dass sie im Unterschied zu einer Kapitalverwertungswirtschaft zudem in der Lage sein sollte, über mehr oder weniger autokratische oder auch demokratische Verfahren zu entscheiden, welche Innovationen sie will und welche nicht, also Entwicklung bewusst gestalten kann.

Tatsächlich hat Schumpeter das auch geglaubt, d.h. er hat ganz ernsthaft die Möglichkeit einer Planwirtschaft bejaht und sich in dieser Frage definitiv gegen Hayek und andere positioniert (Schumpeter: 267). Nun teile ich zwar Schumpeters Argumente gegen die These, im Sozialismus gäbe es keine Leistungsanreize, weil Privateigentum und privater Gewinn die Motive wären. Diese motivationale Sicht ist Blödsinn, die Motive, warum jemand etwas macht oder nicht macht, sind immer lebensweltlich und nie systemisch. Man kann die Struktur G-W-G' nicht psychologisieren, weder kritisch noch affirmativ. Es ist ein systemischer Funktionsmodus, keine Handlungsmotivation. Also würde ich wie Schumpeter funktionalistisch argumentieren, aber zu einem anderen Ergebnis kommen.

Also noch mal: Schumpeter meinte, eine Planwirtschaft sollte es nicht nur leichter haben, Innovationen umzusetzen, sondern dass sie im Unterschied zu einer Kapitalverwertungswirtschaft zudem in der Lage sein sollte, über mehr oder weniger autokratische oder auch demokratische Verfahren zu entscheiden, welche Innovationen sie will und welche nicht, also

Entwicklung durch bewusste, ideell vorweggenommene Selektion von Innovationen bewusst gestalten kann. (Im Unterschied zum Kapitalismus, wo auch Innovationen selektiert werden, aber erst in einem ex-post Prozess über Märkte, Kredittilgung und Pleite.)

Genau hier aber wird klar, worin das Problem besteht. Es geht ja nicht um eine oder nur sehr wenige Entscheidungen, dieses oder jenes neue Produkt herzustellen, sondern um die vielen tausenden Folgeinnovationen, die Verbreitung, Rekombinationen und Re-Allokationen in tausenden Betrieben, Haushalten, Verbraucherkörben. Im Kapitalismus gestaltet sich dieser Prozess durchaus krisenhaft (schöpferische Zerstörung), entscheidend aber ist, dass die einzelnen Komponenten eines solchen Strukturwandels nicht vorhersehbar sind, letztlich nicht einmal, ob sich eine Innovation überhaupt durchsetzen wird oder nicht. Der Wandel ist ein Experiment am lebenden Wirtschaftsorganismus, er funktioniert nur durch millionenfache Anpassungen: Preise verändern sich, Anwender probieren neue Kombinationen aus, einige Produkte verschwinden, einige Firmen gehen Pleite, einige Arbeitskräfte verlieren ihre Arbeit, neue Arbeitsplätze anderswo entstehen.

Dieser Anpassungsprozess hat zwei Voraussetzungen: Erstens die einzelnen Akteure müssen *autonom entscheiden und experimentieren* können. Nur so werden effektive Allokationen gefunden und falsche Entwicklungen ausgeschieden. Zweitens: Die Preise müssen sich im Prozess der Re-Allokation an ein neues entstehendes Gleichgewicht anpassen können, damit neue effiziente Ressourcenkombinationen herausgefunden werden können. Die müssen sich schon bei der Nachfrageausweitung anpassen (differenziert steigen), die entsteht, wenn Ressourcen neuen Verwendungen zugeführt werden, und sie müssen sich auch anpassen, wenn die neuen Produkte auf den Markt kommen, einige alte verdrängen, andere – im Prinzip wegen steigender Produktivität sinkende – Kosten zum Tragen kommen und für viele Produkte neue Angebots- und Nachfrage-Proportionen herauszufinden sind.

Hier liegt die Grenze der Planwirtschaft. Natürlich kann man mit planwirtschaftlichen Mitteln (eigentlich mit zentraler Ressourcenallokation, es sind ja auch andere Formen indikativer Planung denkbar) einen gleichbleibenden stationären Wirtschaftskreislauf steuern. Natürlich kann man auch einen extensiven Wachstumsprozess mit qualitativ gleichbleibenden Ressourcen und Produkten steuern, wenn er einfach nur proportional wächst – man kann es, solange die Ressourcen verfügbar sind und Grenzen der Ressourcen noch nicht erreicht werden. Natürlich kann man auch noch anderswo gegebene Strukturen, Produkte, Verfahren usw. nachbauen, wenn man an die erforderlichen Ressourcen kommt – z.B. indem man sie einkauft gegen Öl, Gas und Rohstoffe. Aber den an Inventionen und ihre rekombinative Verbreitung anschließenden endogenen und nicht vorher bestimmbaren Wandel aller Preise, aller In- und Outputs theoretisch aller Wirtschaftsakteure kann man nicht steuern. Und das ist die Krux. Indikative Planung – das kann man sich theoretisch denken – aber die Selbständigkeit der Wirtschaftssubjekte, eigene Entscheidungskompetenz, eigene Ressourcenverfü-

gung und eigene Kreditaufnahme sowie freie Bewegung der Preise sind Bedingungen dafür, dass Innovationen durchgesetzt werden und parallel ein Prozess der Re-Allokation der effektivsten Verwendungen erfolgt.

Beides war in den staatssozialistischen Gesellschaften nicht gegeben, deshalb waren Innovationen immer exogen gesteuerte Sonderverfahren. Biermann (Kombinatsdirektor Jena) hat eben einen Politbürobeschluss gebraucht und Sonderkonditionen und Sonderressourcen und Anweisungen an andere Betriebe usw., um die Implementation des 4 MB Speicherchips hinzubekommen, und der soll am Ende nicht mal funktioniert haben. Wissenschaftliche Erkenntnisse, Prototyp, Innovation als Neukombination und effektive Allokation im auf Innovationen folgenden Strukturwandel sind eben ganz unterschiedliche Anforderungen.

Massenhafte gesellschaftliche Innovationsprozesse (und da geht es um die millionenfachen kleinen Schritte, die eine Basisinnovation in ihrer Wirkung ausmachen, nicht um die eine große Erfindung) hat drei Voraussetzungen: (1) die Akteure müssen frei sein zu experimentieren mit offenem Ausgang. (2) Dazu müssen sie frei sein, über Ressourcen zu verfügen ohne vorgegebene Verwendungen einhalten zu müssen. Und (3) der Reallokationsprozess muss über Preisanpassungen erfolgen können, die sich durch veränderte Angebots- und Nachfragestrukturen bilden müssen. Alle drei Voraussetzungen können nicht zentral gesteuert werden, vor allem sind sie nicht vorhersehbar und vorherplanbar. Das geht nur mit Reserven.

Daher wird es in einem direktiven Plansystem, bei dem die Akteure an Vorgaben der Ressourcenverwendung gebunden sind und Preise nicht frei verhandelt werden können, keinen endogenen Innovationsprozess geben, sondern eben immer nur exogene. Stark im Nachbau, aber unfähig, selbst Neues zu erzeugen.

## Literatur

Joseph A. Schumpeter (1947): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 1. Aufl. 1947, zit. nach der 8. Aufl., Tübingen 2005

Rainer Land: Staatssozialismus und Stalinismus. In: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann: Die PDS - Herkunft und Selbstverständnis. Dietz Verlag Berlin 1996

Brie, André; Brie, Michael; Land, Rainer; Segert, Dieter: Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988. Manuskriptdruck der Humboldt-Universität zu Berlin 1989, S. 57-74

Beide Texte unter [www.rainer-land-online.de](http://www.rainer-land-online.de)